

Niederschrift Nr. 35 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Montag, 23.05.2011
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:43 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Grix, Helga

SPD-Fraktion

Mecklenburg, Rico
Meinen, Regina
Meyer, Elfriede

für Enno Scheffel

CDU-Fraktion

Risius, Andrea

FDP-Fraktion

Fooken, Ralf

(bis 18:21 Uhr)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Grundmandat

Schild, Walter

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat

Koziolak, Stephan-Gerhard

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Grix, Wilhelm
Jacobs, Marion
Kruse, Helga

Beratende Mitglieder

Dietz, Ralf-Günter
Engelberts, Birte
Obes, Schengül
Wittmer-Kruse, Olaf
Fekken, Okka
Reibe, Ulf
Sprengelmeyer, Thomas

(ab 17:02 Uhr)

Verwaltungsvorstand

Lutz, Martin Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Philipps, Egon
Ubben, Wolfgang

Protokollführung

Rauch, Agnes

Niederschrift Nr. 35 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.05.2011

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Grix begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 34 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 09.03.2011

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 34 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 09.03.2011 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Anerkennung des Vereins "Arbeitsgemeinschaft für integrative Leistung in Ostfriesland"
als Träger der freien Jugendhilfe
Vorlage: 15/2001

Herr Sprengelmeyer erklärt, die Verwaltung habe festgestellt, dass die Arbeitsgemeinschaft für integrative Leistung in Ostfriesland (Agilio) die Kriterien zur Anerkennung als freier Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 (1) SGB VIII erfülle. Ein Rechtsanspruch auf eine Anerkennung gemäß § 75 (2) SGB III bestehe jedoch noch nicht, da der Verein auf dem Gebiet der Jugendhilfe in Emden nicht nachweislich mindestens drei Jahre lang tätig gewesen sei. Da die Verwaltung schon lange mit diesem Verein zusammenarbeite, schlage sie nach pflichtgemäßem Ermessen vor, dem Verein zunächst eine befristete Anerkennung bis zum 30.06.2012 zu erteilen.

Frau Grix bedankt sich für die Ausführungen.

Niederschrift Nr. 35 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.05.2011

Beschluss: Der Verein „Arbeitsgemeinschaft für integrative Leistung in Ostfriesland“ mit Sitz in Emden wird zunächst befristet bis zum 30.06.2012 als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt.
Rechtzeitig vor Fristablauf wird von der Verwaltung des Jugendamtes geprüft, ob die Voraussetzungen für eine unbefristete Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe vorliegen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Anerkennung des Vereins "Elterncafés im Dialog.." als Träger der freien Jugendhilfe
Vorlage: 15/2005

Herr Sprengelmeyer führt aus, hier gehe es ebenfalls um den Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe. Auch hier seien Prüfungen durchgeführt worden, sodass die Verwaltung zu dem Ergebnis komme, dem Verein „Elterncafés im Dialog – Verein zu Förderung der Eltern- und Familienbildung, Kinder- und Jugendhilfe, Forum für interkulturelle Bildung, Sozialarbeit und Kultur zwischen Deutschland und Russland“ befristet bis zum 31.12.2013 die Anerkennung zu erteilen.

Herr Rocholl ergänzt, der Verein sei aus dem Kontakt zwischen Emden und Archangelsk gegründet worden. Es sei der Wunsch gewesen, in Bezug auf niedrigschwellige Eltern- und Familienbildung in einen fachlichen Dialog zu treten. Dieser Dialog stehe in Zusammenhang mit Projekten, die an der Hochschule Emden/Leer und der Universität Archangelsk durchgeführt worden seien. Auf der anderen Seite sei in dem Gemeindezentrum Gröne Stee ein Elterncafé eröffnet worden, um auch noch einmal in der praktischen Durchführung mit Studierenden und Ehrenamtlichen diese Dialoge mit Leben zu füllen. Frau Engelberts habe auf privater Grundlage seit Jahren Eltern- und Kindergruppen aufgebaut, sodass sich der Verein entschlossen habe, diese Präventionsarbeit in seine Struktur zu integrieren. Aus diesem Grunde bitte er darum, den Verein als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennen.

Herr Koziolk erklärt, obwohl er in diesem Ausschuss nur ein Grundmandat habe und somit nicht stimmberechtigt sei, begrüße er diese beiden Anerkennungen.

Herr Dietz bittet um Erläuterung, aus welchem Grunde die eine Anerkennung bis zum Jahre 2012 und die andere bis zum Jahre 2013 befristet sei.

Herr Sprengelmeyer antwortet, die Verlängerung bis zum Jahre 2013 habe man aufgrund der vorliegenden Projektanträge, die soweit vorausreichen würden, gemacht.

Beschluss: Der Verein „Elterncafés im Dialog – Verein zur Förderung der Eltern- und Familienbildung, Kinder- und Jugendhilfe, Forum für inter-kulturelle Bildung, Sozialarbeit und Kultur zwischen Deutschland und Russland“ mit Sitz in Emden wird zunächst befristet bis zum 31.12.2013 als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt.
Rechtzeitig vor Fristablauf wird von der Verwaltung des Jugendamtes geprüft, ob die Voraussetzungen für eine unbefristete Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe vorliegen.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 35 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.05.2011

TOP 7 Zuschüsse an Vereine und Verbände aufgrund der Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit
Vorlage: 15/2024

Herr Reibe erklärt, wie in jedem Jahr werde heute dem Jugendhilfeausschuss eine Liste der eingegangenen Anträge nach Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit vorgelegt. Im Wesentlichen seien die Anträge mit denen der letzten Jahre identisch. Lediglich zwei neue Entwicklungen wolle er gesondert vorstellen. Im Sommer letzten Jahres sei aus dem Bericht des Eltern- und Kinderzentrums Wackelpeter über deren Freizeit deutlich geworden, dass dort auch die Eigenarbeit auf die Versorgungsleistungen der Küche berücksichtigt werde. Insofern empfehle die Verwaltung hier eine Ausnahmegenehmigung hinsichtlich des Betreuerschlüssels. Weiter würde ein Antrag des Schützencorps auf eine erneute Finanzierung von Ausstattungsgegenständen vorliegen. Da bereits im letzten Jahr eine Bezuschussung vorgenommen worden sei, werde nunmehr empfohlen, diesen Antrag abzulehnen, um es hier nicht zu einer Regelförderung kommen zu lassen.

Herr Reibe bemerkt, die beiden Anträge des EC-Kreisverbandes Ostfriesland und der ev. freikirchlichen Gemeinde hätten einen sehr starken religiösen Inhalt, daher seien sie nicht in der Liste aufgeführt. Er habe nachgefragt, wo denn die spezielle Ausrichtung der Jugendarbeit in diesen beiden Maßnahmen sei. Er regt an, diese beiden Anträge zunächst vorläufig zu beschließen und anschließend zu prüfen, ob es sich wirklich um eine Veranstaltung handele, die vorwiegend der Jugendamt diene und damit finanzierungsfähig sei.

Frau Grix bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Frau E. Meyer fragt an, ob es richtig sei, dass diese beiden Anträge mit dem christlichen Hintergrund tatsächlich erst beschlossen werden sollten.

Herr Reibe schlägt vor, diese beiden Anträge zunächst einmal zu beschließen. Falls sich dann herausstelle, dass der christliche Anspruch dort im Vordergrund stehe, würden diese Maßnahmen in der Bescheiderstellung nicht genehmigt, weil sie nicht den Richtlinien entsprechen würden.

Herr Schild stellt fest, bei den Anträgen nach Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit 2011/Sonstige Zuschüsse sei unter Punkt 4 (Jugenddienst Emden Juleica-Ausbildung) kein Betrag vorgesehen. Er fragt an, warum dieses so sei. Seiner Meinung nach sei die Juleica-Ausbildung eine wichtige Sache, da dadurch die Jugend gefördert und zur ehrenamtlichen Arbeit hingeführt würde.

Herr Reibe erklärt, er habe diesen Antrag nur als einfache Mitteilung per Mail erhalten. Eine Konkretisierung sei nicht erfolgt. Von daher konnte die Verwaltung auch keine weiteren Stellungnahmen abgeben.

Herr Wittmer-Kruse führt aus, da er selber betroffen sei, wolle er auch dazu Stellung nehmen. Ihm würden noch nicht alle Belege vorliegen, sodass er die entsprechenden Unterlagen nicht weitergeben könne. Sobald dieses geschehen sei, werde er diese an Herrn Reibe weiterleiten.

Herr Koziolk erkundigt sich nach den Kosten der bisher nicht berücksichtigten Anträge.

Herr Reibe entgegnet, nach der Erstellung dieser Vorlage seien noch mehrere Anträge eingegangen. Er gehe hier von einer Summe in Höhe von 7.000 bis 8.000 € aus. Hinzukommen könnten ggf. auch noch die Kosten für die Juleica-Ausbildung. Darüber müsste dann evtl. noch einmal gesondert beschlossen werden.

Niederschrift Nr. 35 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.05.2011

Herr Reibe bemerkt, es sei insgesamt sehr schwierig zu sagen, wie viele Mittel tatsächlich aufgebracht werden müssten, da die Förderung der Fahrten und Lager und internationalen Begegnungen von der Teilnehmerzahl abhängig sei.

Auf die Frage von **Frau Grix**, um was es sich bei den verspätet eingegangenen Anträgen handeln würde, antwortet **Herr Reibe**, hier gehe es im Wesentlichen um Fahrten und Lager.

Herr Schild bemerkt, er begrüße auch die Internationalen Begegnungen und hier besonders die Fahrten nach Frankreich und Polen. Das würde sich in erfreulicher Weise von den anderen Fahrten abheben. Bei der Fahrt nach Polen habe man tatsächlich einen guten Bezug zur Vergangenheit und Gegenwart. Seiner Meinung nach müsse die Frage erlaubt sein, welchen Sinn es machen würde, derartigen Fahrten z. B. in die Karibik zu unternehmen. Er denke hier auch an die sehr hohen Kosten, die auch auf die Eltern zukommen würden.

Frau E. Meyer stellt fest, dass beim Wackelpeter weder die Teilnehmerzahl noch die Dauer der Fahrt angegeben worden sei.

Herr Reibe entgegnet, es seien 42 Teilnehmer zuzüglich der Betreuer. Die Fahrt werde in der Zeit vom 08.07. bis 22.07.2011 durchgeführt.

Weiter führt Herr Reibe aus, die Fahrten und Lager seien auch Bestandteil des Bildungs- und Teilhabepaketes. Ihm seien zwar die genauen Ausführungsbestimmungen noch nicht bekannt. Sobald diese ihm vorliegen würde, werde er die Träger dieser Maßnahmen über das Verfahren unverzüglich informieren.

Herr Wittmer-Kruse fragt an, ob das Bildungspaket das Förderpaket „DabeiSein!“ ersetzen würde.

Herr Reibe erklärt, er gehe davon aus, dass das Bildungspaket zusätzlich angeboten werde.

Herr Lutz ergänzt, er werde nicht für alle Fördermaßnahmen tatsächlich zutreffen. Der Bund würde die Gelder an die Länder weitergeben und diese müssten selbst entscheiden. Ihm sei bekannt, dass einige Bundesländer bereits entsprechende gesetzliche Regelungen getroffen hätten. In Niedersachsen sei das Gesetz noch in der Diskussion. Auch gäbe es noch keine Zuständigkeitsregelungen für diejenigen, die außerhalb der Jobcenter stehen würden. Sobald hier nähere Informationen vorliegen würden, werde er berichten.

Beschluss:

1. An Vereine und Verbände werden entsprechend der Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit die aus der Anlage zur Vorlage 15/2024 ersichtlichen Zuschüsse für Jugendgruppen, sonstige Zuschüsse, Fahrten und Lager, internationale Begegnungen und sowie Kinder- und Jugenderholung gezahlt.
2. Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Partnerstadt Archangelsk, die an den internationalen Begegnungen in Frankreich und Emden teilnehmen, werden wie Emdener Teilnehmerinnen und Teilnehmer gefördert.
3. Der Kreisverband der AWO-Emden erhält eine Ausnahmegenehmigung hinsichtlich der Gruppengröße für die Internationale Begegnung in Frankreich.
4. Die Schulen BBS I und Realschule erhalten eine Ausnahmegenehmigung für die internationalen Begegnungen in Archangelsk bzw. Polen.
5. Der Verein Eltern- und Kinderzentrum Wackelpeter e.V. erhält eine Ausnahmegenehmigung für den Betreuerschlüssel für die Kinder- und Jugenderholung in Freren.

Niederschrift Nr. 35 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.05.2011

6. Der Antrag des Schützencorps Emden auf Bezuschussung der Beschaffung von Musikinstrumenten für die Jugendgruppe wird abgelehnt, da bereits eine Bezuschussung im Jahr 2010 mit dem gleichen Inhalt erfolgte.

Ergebnis: einstimmig

TOP 8 Konzept zur Stärkung der Kooperation von Schule - Familie - Jugendhilfe in der Stadt Emden
Vorlage: 15/2025

Herr Sprengelmeyer erklärt, bereits im November 2010 sei im Ausschuss darüber gesprochen worden, dass die Projekte NIKO, Stärkung der elterlichen Verantwortung an Emders Grundschulen und Gesundheitsfördernde Maßnahmen im Schwerpunkt Ernährung an den Schulen und Kindertagesstätten in der Stadt Emden zusammengelegt werden sollten. Er weist darauf hin, dass bei zwei Projekten die Awo der Träger sei, während ein Projekt sich in der Trägerschaft des Kinderschutzbundes befinde. Wie bereits in der Vorlage angedeutet, ziehe sich der Kinderschutzbund aus diesem Projekt zurück, weil er neue Schwerpunkte im Bereich der ehrenamtlichen Arbeit legen wolle.

Weiter führt Herr Sprengelmeyer aus, es sei nun ein Grundkonzept von den drei beteiligten Fachleuten sowie den beteiligten Trägern und Vertretern der Stadt Emden entwickelt worden. Es werde angestrebt, bis zum Jahresende auf der Grundlage dieses Konzeptes ein Umsetzungskonzept zu erstellen. In der Vorlage sei ausgeführt, welche Schwerpunkte die einzelnen Projekte hätten, sodass es auf der Hand liegen würde, diese nun zusammenzufassen mit den Schwerpunkten Erziehung, Bildung, Gesundheit und Vernetzung. Seiner Ansicht nach sei die Finanzierung an dieser Stelle sehr wichtig. Herr Sprengelmeyer geht dann auf die in der Vorlage dargestellte Finanzierung ein und erläutert diese.

Abschließend weist er darauf hin, dass die Verwaltung eine Reihe von Anträgen von Schulen und sonstigen Institutionen erhalten habe, die sich für die Fortführung des NIKO-Projektes aussprechen würden.

Frau Grix bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Frau E. Meyer bedauert es, dass wieder Gelder vom Land gestrichen würden. Sie könne sich nicht vorstellen, wie die Kommune in Zukunft alles bewerkstelligen solle. Aber es handele sich um wichtige Projekte, die gut laufen würden. Daher müsse man sich irgendwie einigen, wie man diese fortführen könne. Schon oftmals habe man es erlebt, dass das Land Projekte ins Leben rufe und die Kommunen dann damit hängen lasse.

Herr Koziolk stimmt den Ausführungen von Frau Meyer zu. Die hier durchgeführten Projekte hätten tatsächlich sehr gute Entwicklungen gezeigt. Er fragt an, ob im Vorfeld bekannt gewesen sei, dass diese Projekte befristet gewesen seien.

Frau Meinen stellt fest, jede Projektarbeit, die hier vorgestellt worden sei, sei ganz wichtig für die Kinder, Jugendlichen und Eltern. Denn damit würde man die späteren Ausgaben senken.

Weiter erklärt Frau Meinen, hinsichtlich des Beschlusses beantrage die SPD-Fraktion eine Änderung, da die Zusammenführung dieser drei Konzepte mehr Planungssicherung haben müsse. Sie stellt den Antrag, das Konzept umzusetzen und die dann dafür erforderlichen Mittel bis 2015 auch einzuplanen.

Niederschrift Nr. 35 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.05.2011

Herr Schild hält es für eine schwierige Sache, 412.000 € in Zukunft einzusparen oder zu kompensieren. Es sei bekannt, dass viele Dinge vom Land oder vom Bund angeschoben und nach Ablauf der Befristung von den Kommunen übernommen würden. Seiner Meinung nach müsse man sich grundsätzlich fragen, was man erreichen wolle und wie ernst es damit gemeint sei, wenn gesagt werde, frühkindliche Bildung sei wichtig. Hier müsse man sich die Frage stellen, was man dafür zahlen wolle. Im Haushalt müsse dann darüber gesprochen werden, wofür Geld zur Verfügung stehe. Mittlerweile sei die Situation so, dass zwischen 50 und 60 % aller Haushaltsmittel in die Bereiche Soziales und Schule einlaufe. Aber jeder investierte Euro in die Kinder vom Beginn an werde sich wieder auszahlen, wenn es den Kindern ermöglicht werde, durch Bildungsmaßnahmen, Erziehung und Fördermittel in der Gesellschaft einen Platz zu finden, in dem sie selbstverantwortlich arbeiten und ihr Leben führen könnten.

Frau Risius betont, es sei natürlich leicht, auf Land und Bund zu schimpfen. Sie wolle jedoch noch einmal darauf hinweisen, dass viele Projekte von vornherein befristet gewesen seien. Sicherlich müsse man sich rechtzeitig Gedanken darüber machen, wie es weitergehen solle. Auch seien alle sehr zufrieden gewesen, dass diese Zuschüsse gezahlt worden seien.

Frau Meinen führt aus, wie bereits erwähnt, würden bisher zwei Projekte von der Awo und ein Projekt vom Kinderschutzbund betreut. Sie ist der Meinung, dass die Projekte Schulsozialarbeit, NIKO und das Gesunde Frühstück auch weiterhin bei der Awo gut aufgehoben sei.

Herr Lutz erklärt, Bund und Land hätten in den letzten Jahrzehnten häufig mehr Geld ausgegeben, als sie im Jahr eingenommen haben. Im Ergebnis sei jetzt eine Schuldenbremse gezogen worden, weil man sich überlegen müsse, wer diese Schulden irgendwann bezahlen müsse. Frühkindliche Bildung sei etwas ganz Wichtiges und Wesentliches. Dafür sollte man seiner Meinung nach wirklich Geld einsetzen. Nur sollte man sich auch darüber klar sein, welche Ziele man habe. Wenn festgestellt werden, dass es Probleme z. B. in der Sprachausbildung geben würden, könne man an einer Kennzahl feststellen, dass durch die Sprachausbildung in den Kindergärten sich die Sprachkompetenz der Kinder bei der Aufnahmeprüfung an den Schulen verbessert habe. Man müsse sich Gedanken darüber machen, ob es tatsächlich etwas gebracht habe. Falls es nichts gebracht habe, dann sei das Konzept noch nicht optimal gewesen und müsse neu erstellt werden. Ähnlich verhalte es sich bei den Lesenestern in den Schulen. Wenn nach fünf oder sechs Jahren festgestellt werde, dass sich das Erreichte noch verbessern lasse, müsse man auch tatsächlich daran arbeiten. Von daher sei die Evaluierung dieser Programme sehr wichtig, wobei sich der Messzeitraum länger hinziehen könne.

Herr Lutz bemerkt weiter, Land und Bund würden in den meisten Fällen schon von vornherein sagen, dass sie eine Anschubfinanzierung durchführen würden. Wenn die Kommunen diese Projekte fortführen wollen, müssten sie es auch finanzieren. Es müsste dann darüber diskutiert werden, ob man das Geld lieber z. B. für die Feuerwehr, die Wirtschaftsförderung oder für die Kindergärten verwenden wolle. Hinsicht der Umsetzungskonzeption bittet er klar zu sagen, welche Ziele erreicht werden sollten, um auch Diskussionsmöglichkeiten im Rat zu haben.

Herr Mecklenburg bittet darum, ganz konkret bei den hier angesprochenen Projekten zu bleiben. Seine Fraktion habe den Antrag gestellt, weil sie diese erfolgreichen Projekte nachhaltig absichern wolle. Die Verwaltung brauche kein Umsetzungskonzept mehr entwickeln, sondern es müssten die finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Wenn das NIKO-Projekt Mitte des Jahres aus der finanziellen Förderung auslaufe, sei es höchste Zeit für diejenigen, die dort erfolgreich arbeiten würden, zu wissen, wie es in den nächsten Jahren weitergehe. Seiner Meinung nach könne die Stadt Emden es sich leisten, dieses Projekt fortzuführen. Deshalb habe er überhaupt kein Verständnis dafür, warum jetzt gezögert werden sollte.

Niederschrift Nr. 35 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.05.2011

Bezüglich der Ausführung von Herrn Lutz bemerkt Herr Mecklenburg, die Sprachförderung habe mit diesen Projekten gar nichts zu tun. Diese würde das Land über die Lehrerstunden bezahlen.

Herr Grix erklärt, da die Entscheidung über die Trägerschaft nicht erfolgen werde, dürfe er sich an der heutigen Diskussion beteiligen. Seines Erachtens komme die Awo nicht zwingend als absoluter Träger in Frage. Aber das hier vorliegende Konzept mache deutlich, wie die Projekte zusammengeführt werden könnten. Wie in jedem Projekt sei auch hier zwischenzeitlich eine Evaluation gemacht worden. Wenn man dann feststelle, es laufe etwas schief, müsse es korrigiert werden. Er gibt zu bedenken, dass eine Mitarbeiterin sowieso einen Arbeitsvertrag mit der Awo bis Ende 2014 habe. Auch würde die Summe der NIKO-Projekte in Höhe von 52.000 € nicht stimmen, da diese beide NIKO-Projekte betreffen würde. Ein Projekt sei seiner Meinung nach ausgelaufen, weil ein Teil dieser Aufgaben zurzeit nicht mehr so wahrgenommen würden und teilweise von den Schulsozialarbeitern übernommen worden seien.

Herr Grix macht darauf aufmerksam, dass eine Vernetzung zwischen den drei Beteiligten und den Schulsozialarbeitern nur stabilisiert werden könne, wenn das Projekt fortgeführt werde. Es könne nur in der Form fortgeführt werden, wie die Ziele hier beschrieben seien. Da die Ziele so eindeutig beschrieben seien, müsse man eigentlich jetzt sagen, man gehe an das Umsetzungs-konzept heran und mache dieses Projekt nicht über zwei, sondern über fünf Jahre. Seiner Ansicht nach müsse die Politik sagen, wie das finanziert werden solle. Der Hinweis des Kämmersers sei in Ordnung, aber wenn in dieser Stadt als eins der ersten Ziel formuliert worden sei, dass die Jugend- und Bildungsarbeit in der Vordergrund gebracht werden solle, dann müssten die Projekte fortgesetzt werden. Wer letztendlich als Träger in Frage käme, spiele für ihn keine so große Rolle, sondern sei nur wichtig für die Leute, die dort beschäftigt seien. Es könne auch dazu führen, dass sich gute Leute irgendwann anderweitig orientieren und diese Arbeit damit an Qualität verliere.

Herr Dietz stimmt den Ausführungen von Herrn Grix zu. Auch er würde es ganz wichtig finden, dass solche Konzepte langfristig umgesetzt würden. Seiner Meinung nach habe man in Emden ein sehr gutes Netzwerk auf diesem Gebiet mit allen Emders Grundschulen geschaffen. In der Vergangenheit habe immer die Angst bestanden, was nach dem Auslaufen der Verträge kommen würde. Dieses müsse endlich ein Ende haben, da darunter die Motivation leiden würde. Aus diesem Grunde unterstütze er den Antrag der SPD-Fraktion.

Herr Sprengelmeyer zeigt sich erfreut über die engagierten Beiträge der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses. Diese würden zeigen, wie gut die Projekte gearbeitet hätten. Den politischen Einsatz, für eine Kontinuität zu sorgen, begrüße er aus fachlicher Sicht ganz besonders.

Weiter führt er aus, er habe es als seine Pflicht angesehen, darauf hinzuweisen, dass diese Einnahmen wegbrechen würden. An anderer Stelle müsse sicherlich noch über die einzelnen Projekte gesprochen werden. Natürlich sei es richtig, dass bei diesen Projekten von vornherein bekannt gewesen sei, dass sie befristet seien. Von daher müsse man sich auch immer fragen, ob man sie wirklich wolle. Dieses sei ganz unabhängig von der jeweiligen Landes- oder Bundesregierung.

Frau Risius bemerkt, da der Antrag der SPD-Fraktion sehr haushaltsrelevant sei, würde sie gerne den Antrag stellen, diese Beschlussvorlage in die Fraktionen zu verweisen. Ihrerseits bestünde noch Beratungsbedarf.

Herr Fooker erklärt, die FDP-Fraktion unterstütze den Antrag der SPD-Fraktion. Beratungsbedarf sehe er im Moment nicht, da es nur um die Einplanung der Mittel gehe. Die letztendliche Entscheidung treffe der zukünftige Rat. Somit sei die textliche Veränderung hier lediglich eine

Niederschrift Nr. 35 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.05.2011

unverbindliche Aussage und binde den folgenden Rat in keiner Art und Weise. Es würde eine gewisse Planungssicherheit erzeugt werden.

Herr Fooken betont, es sei wichtig, dass diese Projekte überhaupt angestoßen worden seien. Wenn es diese Initiativen des Bundes und der Länder nicht gegeben hätte, wäre in dieser Richtung gar nichts passiert. Auch sei nicht immer jedes Projekt in jeder Kommune sinnvoll. Vor diesem Hintergrund müsse man sich auch die Frage seitens des Bundes und der Länder stellen, ob bestimmte Projekte fortgeführt würden oder nicht. Manchmal sei es auch sinnvoll, dass in den Kommunen einzelne Projekte zusammengelegt würden, um so Synergieeffekte zu erzielen. Dieses könne nur die Kommune vor Ort entscheiden.

Herr Lutz erklärt, er sei vorhin missverstanden worden. Er habe gesagt, dass er eine Sympathie dafür habe, wenn ein solches Programm auch mittelfristig gesichert sei. Die Argumente seien allen bekannt. Es sei ein Problem, wenn man solche Projekte relativ kurzfristig gestalte und somit den Leuten keine Sicherheit geben würde. Es gäbe jedoch eine politische Diskussion in dieser Stadt, denn jeder Ausschuss würde sein Gebiet als ganz wichtig ansehen. Er appelliert, um etwas längerfristig zu erreichen, müsse man frühzeitig vereinbaren, was in die Evaluierung mit hineingehöre, um dann die Diskussion tatsächlich führen zu können. Der Jugendhilfeausschuss sagt, dass frühkindliche Bildung etwas sehr Wichtiges sei. Dafür habe er als Beispiel die Sprachförderung genannt. Für diese Dinge, die in diesem Ausschuss gewollt seien, müsse man eine Argumentationshilfe für die nächsten Jahre haben. Wenn ein Programm aus dem Land oder vom Bund käme, sei dieses so eine Argumentationshilfe. Dann könne man sagen, bei wie vielen Kindern Erfolge ermöglicht worden seien und schaffe es vielleicht, eine Nachfolgefinanzierung zu sichern. Wenn diese Fakten nicht erreicht würden, helfe es zwar, wenn jeder in der Stadt Emden das Projekt gut beurteilen würde, aber es könne nicht gegenüber jemanden belegt werden, der dieses nicht gesehen habe. Herr Lutz appelliert, diese Dinge heranzuziehen, um zukünftig besser argumentieren zu können.

Herr Mecklenburg erklärt, eine Evaluierung sei völlig normal und müsse gemacht werden. Aber dennoch könne man diese Dinge nicht einfach mit Müllfahrzeugen oder kaputten Straßen auf eine Ebene stellen. Sicherlich seien auch diese Themen wichtig, aber bei der frühkindlichen Bildung gehe es um die Zukunft der Gesellschaft. Die SPD habe hier im Jugendhilfeausschuss eine überwältigende Mehrheit über die Parteigrenzen hinaus, die die frühe Förderung von Kindern und Jugendlichen als eine ganz bestimmte Priorität sehen würde. Da dieses der Ausschuss deutlich gemacht habe, gehe er davon aus, da dieses eine ganz normale Folge dessen sei, was in der Vergangenheit zu den einzelnen Dingen gesagt worden sei. Bezüglich der Äußerung von Frau Risius bemerkt er, hier gehe es noch nicht um das Bereitstellen des Geldes, sondern um die Absichtserklärung, dieses Geld einzuplanen.

Herr Grix teilt mit, der gestellte Antrag befasse sich mit dem Umsetzungskonzept und dieses sollte schnellstmöglich entwickelt werden. Anschließend werde es dem Jugendhilfeausschuss noch einmal vorgelegt mit den daraus konsultierenden Konsequenzen.

Frau Risius erklärt, sie wolle dem Konzept nicht entgegenstehen und ziehe ihren Antrag zurück. Sie bittet aber darum, Anträge zu Beschlussvorlagen nicht so kurzfristig zu stellen, sondern im Vorfeld den Fraktionen mitzuteilen. Dann könne vorab in den Fraktionen beraten werden, ob dieser Antrag sinnvoll sei.

Frau Grix lässt über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

abweichender

Beschluss:

Das in der Anlage zur Vorlage 15/2025 beigefügte Konzept zur Stärkung der Kooperation von Schule – Familie – Jugendhilfe in der Stadt Emden wird seitens des Jugendhilfeausschusses beschlossen. Die Verwaltung wird beauf-

Niederschrift Nr. 35 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.05.2011

trägt, dieses Konzept umzusetzen und die dafür erforderlichen Mittel zunächst bis 2015 einzuplanen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 9 Veränderung des Betreuungsangebotes für Kindertageseinrichtungen in Emden
Vorlage: 15/1986

Herr Ubben erklärt, hinsichtlich des Betreuungsangebotes von Kindern sei die Tendenz ganz klar erkennbar, dass die Eltern immer weitere Betreuungszeiten benötigen würden. Die klassischen Betreuungszeiten seien nicht mehr aktuell und müssten daher ausgeweitet werden. Von den freien Trägern seien Anträge eingegangen, die Sonderöffnungszeiten teilweise in Regelöffnungszeiten umzuwandeln. Dieses habe natürlich zur Folge, dass die Betreuungskosten steigen würden.

Frau Grix bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Frau E. Meyer führt aus, ihre Fraktion werde dieser Vorlage zustimmen, da die Eltern für ihre Kinder eine verlässliche Betreuung bekommen müssten. Dieses sei ohne Personal nicht möglich.

Herr Schild bemerkt, die Erweiterung der Betreuungszeiten sei sehr zu begrüßen. Daher werde seine Fraktion diese Vorlage mittragen.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Bewilligung der beantragten und in der Begründung aufgeführten Veränderungen der Betreuungszeiten für einzelne Kindertageseinrichtungen in Emden. Die Mittel sind aus dem Budget des FB 600 zur Verfügung zu stellen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 10 Anmeldeverfahren in Emden Kindertagesstätten
Vorlage: 15/1987

Herr Ubben führt aus, bislang habe es beim Anmeldeverfahren in den Kindertageseinrichtungen keine einheitlichen Regelungen gegeben, sodass es auch verstärkt zu Mehrfachanmeldungen gekommen sei, was wiederum zu einer starken Verzerrung gekommen sei. Das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern bleibe nach wie vor erhalten. Das neue Verfahren diene letztendlich dazu, Transparenz zu schaffen und somit eine solide Kita-Bedarfsplanung aufstellen zu können. Gemeinsam mit den Leiterinnen der Kindertageseinrichtungen habe man in mehreren Gesprächen das Anmeldeverfahren und den Anmeldebogen entwickelt. Auch sei das Verfahren beim letzten Trägertreffen entsprechend vorgestellt worden.

Frau Grix bedankt sich für die Ausführungen.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss beschließt das in der Anlage zur Vorlage 15/1987 beigefügte Verfahren für die Anmeldung von Kindern in Emden Kindertagesstätten zum Kindergartenjahr 2012 / 2013

Ergebnis: einstimmig

TOP 11 Ferienbetreuung für Kindergarten- und Grundschul Kinder
Vorlage: 15/1988

Herr Ubben erklärt, die Nachfrage nach Angeboten der Ferienbetreuung, die es seit dem Jahr 2006 geben würde, sei kontinuierlich angestiegen. Obwohl das Projekt „Familien mit Zukunft“ auslaufen werde und keine Förderung mehr erfolge, würde es eine gesetzliche Grundlage geben, wonach in den Schulferien ein Betreuungsangebot vorgehalten werden solle. Dieses gehe sowohl aus dem Kindertagesstättengesetz als auch aus dem SGB VIII hervor. Mittlerweile sei es so, dass es für die Eltern unverzichtbar sei, dass die Kinder während der Ferien betreut würden, da die Eltern nicht über so viel Urlaub verfügten. Vor diesem Hintergrund sei eine Ferienbetreuung insbesondere während der Sommerferien wichtig. Darüber hinaus sei auch die Qualität ein entscheidendes Kriterium. Aus diesem Grunde sei ein Konzept erarbeitet und vorgelegt worden. Die jetzt festgeschriebenen Standards würden jedoch von den Trägern, die diese Ferienbetreuung anbieten, bereits vorgehalten. Es werde angestrebt, diese zu verstetigen, um auch bei neuen Trägern eine einheitliche Handlungsgrundlage zu haben.

Frau Grix bedankt sich für die Ausführungen.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss beschließt das der Vorlage 15/1988 als Anlage beigefügte Konzept zur Ferienbetreuung für Schul- und Kindergartenkinder berufstätiger Eltern in der Stadt Emden

Ergebnis: einstimmig

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 12 Finanzierung einer Teilzeitstelle Erzieherin/Sozialassistentin beim Eltern- und Kinderzentrum Wackelpeter e. V. ;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 21.04.2011
Vorlage: 15/2003

Frau E. Meyer erklärt, die SPD-Fraktion habe diesen Antrag gestellt und wolle nunmehr darüber diskutieren.

Frau Risius bemerkt, sie würde es im Moment sehr faszinierend finden, dass aus dem laufenden Budget des Fachdienstes Kinder und Familien plötzlich so viel Geld gefunden werde. Sicherlich seien sowohl die Teilzeitstelle als auch die Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen wichtige Dinge. Auf der anderen Seite sei aber auch die Finanzierung anderer Bereiche sehr sinnvoll. Hier denke sie z. B. an den Kindergarten St. Walburga im Stadtteil Barenburg und kündigt für die CDU-Fraktion einen entsprechenden Antrag an.

Herr Ubben führt aus, in diesem Jahr würden diese Gelder zur Verfügung stehen, da die Betriebskostenabrechnung für das Jahr 2010 von den einzelnen Trägern vorgelegt worden sei. Hieraus sei ersichtlich, dass die Stadt Emden Rückforderungen habe. Daher würde für dieses Jahr das Geld zur Verfügung stehen. Für das nächste Jahr müssten Mittel im Rahmen der Haushaltsberatung angemeldet werden.

Herr Schild erklärt, seine Fraktion trage diese Beschlussvorlage mit. Seiner Ansicht nach sei es an der Zeit, dass man dem Wackelpeter auch Wertschätzung entgegenbringe und tatsächlich Fakten schaffe. Dort werde kontinuierlich gute pädagogische Arbeit geleistet.

Niederschrift Nr. 35 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.05.2011

Herr Grix kann die Äußerung von Frau Risius nicht ganz nachvollziehen, denn in allen Krippen fehle die Drittkraft. Diese Diskussion würde mittlerweile über das Land und den Bund geführt. Seines Erachtens leiste das Eltern- und Kinderzentrum Wackelpeter eine besondere Arbeit. Er persönlich würde es eigentlich gerne sehen, dass sich diese Einrichtung mittel- bzw. langfristig so orientiere, dass sie einem Kindergarten oder einer Kindertagesstätte gleichzusetzen sei. Dann könnten auch die Mittel des Landes eingeworben werden. Das sei natürlich nicht an dem jetzigen Standort möglich. Jedoch habe die durch durchgeführte inhaltliche Arbeit einen hohen Stellenwert.

Frau Engelberts unterstützt die Aussagen von Herrn Grix. Ihrer Meinung nach werde im Eltern- und Kinderzentrum Wackelpeter sehr innovativ gearbeitet. Die Mitarbeiterinnen hätten dort einen sehr guten Zugang zu den Familien. Es sei ganz wichtig, das professionell mit einer Sozialassistentenstelle zu unterstützen.

Frau Fekken sagt, endlich würde etwas umgesetzt werden, was schon seit vielen Jahren überfällig sei. Sie bitte jedoch darum, einzelne Einrichtungen nicht gegeneinander aufzubringen, da dieser der Arbeit schaden würde. Sicherlich hätten ganz viele Einrichtungen noch einen zusätzlichen Bedarf. Aber der Wackelpeter arbeite seit Jahren ständig am Limit und würde sich von einem zum anderen Projekt hangeln.

Herr Ubben teilt mit, hinsichtlich der Finanzen stehe die Verwaltung auch mit dem Jobcenter in Kontakt, ob es eine Möglichkeit geben würde, eine Sozialassistentin zu bekommen. Hierfür gäbe es auch eine individuelle Förderung. Die könne jetzt jedoch noch nicht beziffert werden und würde dann als Ertrag gegengebucht werden.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt zur Finanzierung einer Teilzeitstelle Erzieherin/Sozialassistentin beim Eltern- und Kinderzentrum Wackelpeter e.V. für das Jahr 2011 eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 17.000,- € Für die Folgejahre wird diese Stelle in den Haushalt eingestellt, wobei Möglichkeiten zur Refinanzierung durch andere Kostenträger angestrebt werden.

Ergebnis: einstimmig

TOP 13 Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Personal in Emders Kindertagesstätten;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 06.05.2011
Vorlage: 15/2022

Frau Meinen erläutert den Antrag der SPD-Fraktion.

Herr Ubben stimmt den Aussagen von Frau Meinen zu. Seiner Ansicht nach käme noch der Personalmangel der Erzieher hinzu, zumal in der Ausbildung Spezialkenntnisse bezüglich der frühkindlichen Bildung nicht in dem Umfang vermittelt würden, wie es erforderlich sei. Auch sei das Anforderungsprofil an die Erzieherinnen und Erzieher heutzutage wesentlich umfangreicher als es noch vor 20 Jahren gewesen sei. Die Fortbildungen seien sehr umfangreich und könnten nicht nebenbei absolviert werden. Vor diesem Hintergrund schlage er vor, den Fortbildungsetat nicht einzelnen Einrichtungen zukommen zu lassen, sondern nach Bedarf zu bündeln, um so wirklich gezielt Fortbildung für alle Einrichtungen und Träger anzubieten.

Frau Risius hält die Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für das Personal für sehr wichtig. Aufgrund der demografischen Entwicklung gehe sie davon aus, dass der Personalmangel in Zukunft sehr gravierend sein werde. Insofern halte sie den Antrag für sinnvoll. Sie erkun-

Niederschrift Nr. 35 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.05.2011

digt sich, ob es schon einen gewissen Betrag für Fortbildungsmaßnahmen geben würde und ob es sinnvoll sei, diesen zu verdoppeln.

Herr Ubben erklärt, es werde 80 € pro qualifizierte Mitarbeiterin anerkannt. Diese Summe reiche jedoch nicht aus. Hier rede man über knapp 13.000 €, was für alle Einrichtungen gewährt werde. Da dieses nicht allzu viel sei, seien die 20.000 € schon sinnvoll angelegt. Jedoch müssten die Fortbildungen zielgerichtet sein.

Herr Grix führt aus, er plädiere auch nicht dazu, das Geld auf jede Einrichtung einzeln zu verteilen. Seiner Ansicht sei jedoch das Geld sinnvoll angelegt, wenn man aus der Verwaltung heraus zentrale Angebote entwickelt würden für diejenigen, die davon betroffen seien. In letzter Zeit sei auf die Kindergärten erhebliche Dokumentationen und Probleme herangetragen worden, sodass einige Leiterinnen lieber wieder in den Gruppen arbeiten würden, anstatt sich mit der Leitungsarbeit auseinanderzusetzen.

Frau Engelberts ergänzt, gerade im Hinblick auf den geplanten Krippenausbau bis 2013 bestehe noch ein großer Bedarf im Bereich der 0 bis 3-jährigen. Dieser Bereich werde bisher in der Berufsschule kaum berücksichtigt.

Herr Lutz bittet darum, den Beschlusssentwurf der Antragstellerin zu ändern und das Wort „Investitionskostenbudget“ durch das Wort „Budget“ zu ersetzen, damit es im Fachdienst Finanzen und Abgaben richtig gebucht werden könne.

abweichender

Beschluss:

Die SPD – Ratsfraktion stellt den Antrag, 20.000€ zusätzlich für ein jährliches Budget zweckgebunden für Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen des Personals der Emder Kindertagesstätten einzurichten.

Ergebnis: einstimmig

TOP 14 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Bundesfreiwilligendienst

Herr Philipps macht darauf aufmerksam, dass die bisher in den verschiedenen Einrichtungen eingesetzten Zivildienstleistenden durch eine gesetzliche Änderung durch den Bundesfreiwilligendienst ersetzt würden. Nachdem das Gesetz Anfang Mai bekannt gegeben worden sei, werde nunmehr eine Ausschreibung der bisherigen Zivildienststellen in der Presse erfolgen. In den Schulen sei auch bereits darüber informiert worden, dass Freiwillige gesucht würden.

2. Alkoholtesteinkäufe

Herr Philipps erklärt, der Presse sei zu entnehmen gewesen, dass vor kurzer Zeit erneut Alkoholtestkäufe durchgeführt worden seien. Bei 50 % der getesteten Fälle sei ein Verkauf von Alkohol an den 16-jährigen Testkäufer erfolgt. Anschließend habe mit den Betroffenen ein Gespräch stattgefunden. Dieses zeige deutlich, dass weiterhin Testkäufe durchgeführt werden müssten. Er stehe mit der Polizeiinspektion Emden/Leer diesbezüglich auch weiter in Verbindung.

Herr Philipps weist darauf hin, dass dabei aufgefallen sei, dass oftmals trotz Sichtung des Personalausweises das Alter nicht richtig berechnet worden sei. Es würden nunmehr Hilfsmittel in Form einer Altersberechnungsdrehscheibe mit auf den Weg gegeben, um das Alter auch in Stresssituationen an der Kasse berechnen zu können.

Niederschrift Nr. 35 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.05.2011

3. Juleica

Herr Reibe bemerkt, vor Ostern seien wieder die Juleica-Kurse auf Juist durchgeführt worden. 16 Personen hätten erfolgreich den Grundkursus absolviert, während zehn den Fortbildungskursus durchlaufen hätten. Er gehe davon aus, dass man jetzt auf einem guten Weg sei, mehr Jugendgruppenleiter in Emden zu bekommen.

4. Jugendtreff Petkum

Herr Reibe teilt mit, am letzten Samstag sei der Jugendtreff Petkum mit einer kleinen Feier wieder eröffnet worden. Es sei gelungen, in Zusammenarbeit mit dem Bürgerverein Petkum eine Mutter aus dem Stadtteil zu gewinnen, die ehrenamtlich dort die Jugendarbeit unterstütze. Der Jugendtreff werde zweimal wöchentlich geöffnet sein.

TOP 15 Anfragen

1. Spielplatz Lise-Meitner-Straße

Frau E. Meyer erkundigt sich nach dem Sachstand auf dem Spielplatz in der Lise-Meitner-Straße bezüglich des Zaunes.

Herr Ubben erklärt, die Bälle würden immer wieder auf die Auffahrt fliegen, weil ein Loch in der Hecke sei. Vor Jahren habe es schon einmal einen Vororttermin gegeben. Wenn dort ein Zaun auf die Grundstücksgrenze gesetzt werde, werde es mit der Auffahrt sehr eng. Mit dem Nachbarn sei bereits gesprochen worden und es werde demnächst wieder einen Vororttermin geben.

Frau E. Meyer bemerkt, die Kinder würden über die Auffahrt auf den Spielplatz und auf dem Rückweg direkt auf die Straße laufen. Ihrer Ansicht nach werde es Zeit, dass dort etwas unternommen werde.

Frau Grix hat sich die dortige Situation angesehen und ist ebenfalls der Meinung, dass dort unverzüglich etwas gemacht und ein Zaun gezogen werden müsse.

2. Kindertagesstätte Barenburg

Frau E. Meyer teilt mit, in der Kindertagesstätte Barenburg würde es eine Steintreppe geben, die sehr gefährlich sei, sodass die Kinder dort leicht ausrutschen könnten. Sie fragt an, ob dort schon etwas unternommen worden sei.

Herr Ubben erklärt, diese Angelegenheit sei von ihm an das Gebäudemanagement weitergeleitet worden. Von dort sei ihm gesagt worden, die in der Kindertagesstätte verbauten Fliesen hätten die höchste Abriebstufe und seien rutschfest. Die Leiterin der Kindertagesstätte stehe mit dem Gebäudemanagement ebenfalls in Kontakt hinsichtlich der Aufbringung von Folien. Hier sei ihm der Sachstand nicht bekannt.

Frau Grix bestätigt die Rutschgefahr auf den Stufen und erklärt, es könne eigentlich nicht so teuer werden, Gummimatten dort zu befestigen.

Anmerkung der Protokollführung

Am 14.06.2011 hat eine Ortsbegehung gemeinsam mit dem Gebäudemanagement stattgefunden, um nach einer einvernehmlichen Lösung zu suchen. Es wurde vereinbart, dass ein Fußab-

Niederschrift Nr. 35 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.05.2011

lauf vor der Treppe angebracht wird und ggf. rutschhemmende Streifen auf den Treppenstufen aufgebracht werden.

3. Hortbetreuung im Stadtteil Wybelsum

Herr Mecklenburg teilt mit, eine Gruppe von Eltern aus dem Stadtteil Wybelsum wünsche sich dringend zum nächsten Schuljahr eine Hortbetreuung. Er habe dazu eine Anfrage gestellt, die von der Verwaltung am selben Tag beantwortet worden sei. Es habe dazu bereits mehrere Vorgespräche gegeben und es werde jetzt nach einer Lösung gesucht, zumal die Eltern ab August eine Betreuung ihrer Kinder im letzten Kindergartenjahr oder im ersten Schuljahr wünschten. Herr Mecklenburg bittet die Verwaltung, in der nächsten Jugendhilfeausschusssitzung zu diesem Thema einen Sachstandsbericht zu geben.

Herr Sprengelmeyer sagt eine Berichterstattung in der Sitzung am 22.06.2011 zu.

4. Alkohol-Testeinkäufe

Herr Wittmer-Kruse fragt an, ob es bei den Alkoholtesteinkäufen schon einmal vorgekommen sei, dass ein Verwarn- oder Strafgeld verhängt worden sei.

Herr Lutz entgegnet, es könnten durchaus Bußgelder bis zu 1.000 € verhängt werden, die im Einzelfall jedoch abgestuft seien.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.